

29. Juli 2011 11:24 Uhr

MARKTGEMEINDERAT

Ortskern soll nicht weiter ausbluten

Mering zieht die Notbremse und erlässt Veränderungssperren *Von Peter Stöbich*



Die Attraktivität des Ortszentrums ist derzeit nicht besonders groß, wie dieses aktuelle Bild vom gestrigen Freitag zeigt.

Foto: Foto: Peter Stöbich

Mering. Guggumos, Müller, Schlecker, Teehaus, Woolworth – das sind nur einige Firmen im Meringer Zentrum, die in jüngster Zeit zugemacht haben. Sogenannte City-Büros gibt es bereits und auch im ehemaligen Spielwarenladen Guggumos sind im Erdgeschoss ein Büro und zwei Wohneinheiten geplant. Dennoch hoffen die Marktgemeinderäte, dass die Einbahnregelung dem Ortskern zu größerer Anziehungskraft verhelfen kann.

Geschäftsleute, Hausbesitzer und Ratsmitglieder will Bürgermeister Hans-Dieter Kandler jetzt am runden Tisch zum regelmäßigen Informationsaustausch versammeln. Das erste Treffen – eine Sondersitzung des Gemeinderats zusammen mit einem Vertreter des bayerischen Einzelhandels – soll bereits während der Sommerferien am 18. August stattfinden. „Es geht darum, was wir gemeinsam tun können“, sagte Kandler in der jüngsten Ratssitzung. Er möchte verhindern, dass das Zentrum noch mehr ausblutet: „Wir wollen den Innenort schützen!“ Dazu unternahmen die Räte jetzt bereits erste Schritte, indem sie die beiden Bebauungspläne für das Gewerbegebiet nördlich der Umgehungsstraße sowie südlich der Wendelsteinstraße änderten. Zurzeit wird nämlich wieder eine neue Nutzung für leer stehende Gewerbeimmobilien im Ortsteil Sankt Afra gesucht. Um der Aussiedlung zentrumsrelevanter Sortimente (wie Apotheke, Buchhandlung oder Schreibwaren) vorzubeugen, wurden diese im Gewerbegebiet ausgeschlossen und Veränderungssperren im Geltungsbereich der Bebauungspläne 15 sowie 24A erlassen.

„Wenn wir solche Beschränkungen verhängen, könnte es aber Probleme geben“, befürchtete Kandler. Um das zu verhindern, wurde ein Augsburger Büro damit beauftragt, für die städtebauliche Begründung ein Gutachten zu erstellen. Dadurch

will sich die Gemeinde absichern, falls es zu gerichtlichen Auseinandersetzungen kommen sollte. Eine Diskussion über die Problematik gab es im Gemeinderat nicht.